

FRAGESTUNDE

Beginn: 12.41 Uhr
Ende: 13.43 Uhr

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ Schröck übernimmt um 12.41 Uhr den Vorsitz.

1) Befassung der Stadtregierung und des Gemeinderates mit der vom Menschenrechtsbeirat erarbeiteten Lösungsstrategie zum Thema Betteln

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Polz-Watzenig** stellt an Bgm. Mag. **Nagl** folgende Frage:

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Polz-Watzenig**: Grüß Gott, sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Mitglieder der Stadtregierung, hoher Gemeinderat, liebe KollegInnen, sehr geehrte Damen und Herren auf der Zuschauertribüne! Vor einem guten Jahr im Menschenrechtsbeirat hatten wir den Auftrag, eine Lösungsstrategie zum Thema Betteln zu erarbeiten. Es war ein sehr gelobter, großartiger Prozess, weil es doch gelungen ist, auch mit Experten der Wirtschaftskammer, des Arbeitsmarktservices, mit Betroffenen, mit Menschen von der Bettelobby, mit allen Fraktionen ein sehr umfangreiches Papier zu erarbeiten, wo man wirklich einen wesentlichen Schritt weitergekommen ist. Auch Sie haben das so bewertet und sind damit ja, sehr geehrter Herr Bürgermeister, im April an die Medien gegangen und haben diese Lösungsstrategie dort vorgestellt. Es ist so, dass sie dort auch gemeint haben, es würde früher oder später in den Gemeinderat kommen beziehungsweise Sie würden die Stadtregierung damit befassen und mittlerweile grassiert dieses Papier auch in

Österreich, es hat hohe Resonanz in Salzburg gefunden, es warten eigentlich alle darauf, dass das umgesetzt wird, weil es als eine sehr große Chance gesehen wird, Konflikte im öffentlichen Raum anders zu lösen. Es geht um bettelnde Menschen, die sich wohin wenden können, aber es geht auch darum, dass die Bevölkerung, die Schwierigkeit hat mit den bettelnden Menschen, sich auch wohin wenden kann und da könnten wir schon ein Vorzeigemodell in Graz jetzt auch wirklich in die Umsetzung bringen und diese Chance nutzen.

Deshalb darf ich Sie heute fragen, wann werden Sie die Stadtregierung und den Gemeinderat mit den neuen Lösungswegen für einen menschenrechtskonformen Umgang mit dem Thema Betteln in Graz, die in Ihrem Auftrag vom Menschenrechtsbeirat der Stadt Graz mit ExpertInnen erarbeitet wurden, sowie mit den diesbezüglich geplanten Umsetzungsschritten befassen?

Bgm. Mag. **Nagl**: Sehr geehrte Frau Gemeinderätin! Der Mag. Christian Ehtreiber ist auch an mich herangetreten, wie es jetzt mit der Umsetzung der Empfehlung der Arbeitsgruppe steht. Ich möchte zu der Klärung der Vorgeschichte auch noch etwas hinzufügen: Nämlich der Menschenrechtsbeirat hat das Thema Betteln zwei Jahre lang auf der Agenda gehabt und wir haben damals in einem Gespräch mit der Vorsitzenden, mit der Frau Dr.ⁱⁿ Julia Lujansky-Lammer, uns darauf geeinigt, dass wir das in einem konzentrierten Arbeitskreis möglichst abschließend besprechen sollten. An dem haben auch Sie, dankenswerterweise, und auch weitere Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates teilgenommen und wir haben das Ergebnis danach auch allen Klubs zukommen lassen und auch öffentlich präsentiert. Ich hoffe auch, ich habe das nicht genau nachvollziehen können, ich hoffe, dass zumindest auch die Klubs ihren jeweiligen Stadtsenatsmitgliedern diese Unterlage zur Verfügung gestellt haben und deswegen gleich auch auf Ihre Frage: Ich werde in der nächsten Stadtregierungssitzung auch wieder die Unterlagen an all meine Kollegen ausgeben, weil die Ideen, die da

drinnen stehen, betreffen ja, wenn ich so sagen darf, mehrere Ressorts und es liegen nicht alle Maßnahmen in meinem Zuständigkeitsbereich. Also das werden wir auch als Anregung von heute mitnehmen und in der Stadtregierung noch einmal austeilen. In den Klubs sollte es ja auch angekommen sein. Aber es muss jedes Stadtregierungsmitglied auch in seinem Bereich versuchen, möglichst die Vorschläge dann auch umzusetzen. Zur Info-Stelle, Sie wissen, ich bin grundsätzlich dafür, dass wir eine solche Info-Stelle einrichten sollten, die einerseits über die Situation der Roma in Europa so wie auch aller Projekte, die laufen, informiert. Aber sie solle auch gleichzeitig, und so haben wir sie uns ja auch vorgenommen, auch für Bettlerinnen und Bettler die rechtlichen Rahmenbedingungen erläutern, sie ein bisschen aufklären, wie wir mit dem Thema hier umgehen wollen etc. Ich sehe im Moment die Einrichtung im zweiten Punkt noch nicht ganz als sinnvoll, weil wir ja nicht wissen, ob die dann dorthin kommen werden und da hatten wir ja schon mehrfach die Debatte und auch keinen Konsens darüber. Im Übrigen auch nicht in diesem Arbeitskreis, ob es eine Verpflichtung für die Bettlerinnen und Bettler geben sollte, zu dieser Info-Stelle zu kommen, weil ich glaube, es werden viele vielleicht sonst gar nicht kommen. Das habe ich für mich selber, wenn ich so sagen darf, noch nicht geklärt. Manchmal denke ich mir ja, eine Aufklärungs-Informationsstelle für die Bürgerinnen und Bürger wäre es gut, ich glaube nicht, dass viele Bettlerinnen und Bettler die Stelle von sich aus aufsuchen. Wir haben ja auch die rechtlichen Rahmenbedingungen von Seiten der Landesregierung jetzt nichts Neues gehört, da haben wir durchaus Auffassungsunterschiede, ob es nicht gescheit wäre, wenn man sich ähnlich wie bei der Straßenmusik-Versorgung zumindest einmal melden müsste, um dann betteln zu können. Also prinzipiell hat uns der höchste Gerichtshof ja auch mitgeteilt, dass Betteln erlaubt ist, da diskutieren wir gar nicht mehr drüber. Die Frage ist nur, können wir da ein bisschen lenkend und steuernd eingreifen und es bleibt eine Frage offen, die wir auch erst kürzlich wieder im Stadtregierungskreis besprochen haben, weil sowohl die Frau Vizebürgermeisterin als auch Stadträtin Elke Kahr und Frau Stadträtin Lisa Rücker mit mir gemeinsam immer wieder Lösungen suchen, wo wir denn solche Menschen,

vor allem in den Wintermonaten, adäquat und zumindest auch mit einem warmen Ort versorgen können. Wo haben wir Plätze, und es ist ganz, ganz schwer in irgendeiner Form noch Unterkünfte zu finden. Ich habe heute in der Früh auch mit dem Herrn Pfarrer Pucher telefoniert, weil er in den Räumlichkeiten, die er selbst zur Verfügung stellt, im Moment ein sanitäres Problem hat und er möchte Duschen und Waschräume wieder erneuern, es geht nur um ein paar tausend Euro, aber die Frau Vizebürgermeisterin und ich werden da mithelfen, dass er da auch was anbieten kann. Ich habe auch versprochen, mit Hauseigentümern zu reden, die mir bekannt sind, ob wir das eine oder andere Haus auch über die Wintermonate jetzt wieder bekommen könnten. Momentan habe ich leider auch noch keines, also wir haben da viel zu tun und das sage ich, es gibt drüber hinaus ja noch ein Problem, das uns auch in der Stadt noch mehr beschäftigt, wir haben also von Haus aus mit den Flüchtlingsströmen in unserer Stadt viel Arbeit, es wird uns auch einiges an Geld kosten, aber wir sollten auch das Thema der Bettelei nicht aus den Augen verlieren (*Applaus ÖVP*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Polz-Watzenig**: Ich danke einmal für die ausführliche Beantwortung. So wie Sie gesagt haben, die Differenz gibt es dort, wo es um Registrierung geht. Es war ganz klar in diesem Arbeitskreis auch, dass die Sozialarbeit, die dort stattfindet, auch aufsuchend sein muss und dass man über aufsuchende Arbeit auch an die Klientel kommt, ganz klar. Es wäre nur wichtig, dass die jetzt einfach einmal budgetiert wird und dass die einmal anfangen können. Es kommt wieder die Weihnachtszeit und Sie wissen, wie das ist, der ■ vom City-Management war dabei, die Konflikte kommen, sobald die Adventmärkte auch wieder da sind und deswegen wäre es wichtig, dass auch bei allen anderen Problemen, die wir im Moment haben, das dringend anzugehen und deswegen die Bitte, nachdem das Papier Chefsache war, darf ich Sie noch einmal eindringlich bitten, es auch zur Chefsache zu erklären, dass es zu einer Budgetierung

über die Stadtregierung zu dieser Thematik kommen wird und da auch dranzubleiben, ist das möglich?

Bgm. Mag. **Nagl**: Also dieses Aufsuchende, wenn ich so sagen darf, wäre jetzt ohne Info-Stelle möglich, ich habe sie auch noch nicht budgetiert, aber ich nehme Ihren Antrag in der Fragestunde heute nehme ich mit, damit wir nicht drauf vergessen, da weiterzukommen ein Stück und ich hoffe auch auf die Unterstützung all meiner Kollegen in den jeweiligen Ressorts.

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 12.50 Uhr den Vorsitz.

2) Status Mobilitätskarte Graz

GR. **Pacanda** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch** folgende Frage:

GR. **Pacanda**: Sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer, hoher Gemeinderat, sehr geehrter Herr Stadtrat! Im April dieses Jahres hat der Grazer Gemeinderat einstimmig beschlossen, die Umsetzung einer Mobilitätskarte für das Jahr 2016 zu prüfen. Jetzt sechs Monate später beziehungsweise zwei Monate vor dem Jahreswechsel, fragen wir uns, da wir leider auf den Antrag selbst noch keine Antwort und keine Rückmeldung erhalten haben, wie weit die Vorbereitungen fortgeschritten sind und ob die Grazerinnen und Grazer sich auf eine solche Mobilitätskarte freuen können?

Daher die

Frage:

Wie weit sind die Vorbereitungen für die Einführung einer Mobilitätskarte fortgeschritten?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Herr Kollege Pacanda! Der Antrag, der dringliche Antrag im April lautete, die zuständigen Abteilungen werden ersucht, gemeinsam mit den betroffenen Unternehmen des Hauses zu prüfen. Ich bin mit diesem Antrag nicht befasst worden, weil, glaube ich, die Zuständigkeit hier klar gegeben ist und zwar ist es die Abteilung für Verkehrsplanung und nach meinen Informationen ist auch eine Antwort der Abteilung für Verkehrsplanung unterwegs. Ich glaube, das ist die richtige Zuständigkeit. Ich habe für Sie trotzdem sozusagen als Informationsüberbringer nachgefragt und kann insofern auch, und das ist eine positive Meldung, die ich natürlich gerne auch weitergebe, sowohl von der Verkehrsplanung als auch von der Holding Graz die Antwort bekommen, dass im Rahmen des Forschungs- und Umsetzungsprojektes Combimo, das bekannt ist, es geht da immer um die Einrichtung von multimodaler Mobilität in Bezug auf E-Mobility, auf Car-Sharing, auf ÖV, es sind also Mobilitätspunkte, die erstmals in Smart City erprobt werden sollen und versuchsweise eingesetzt werden sollen, dass dabei auch gedacht ist, eine Mobilitätskarte Graz einzurichten, ähnlich nach dem Wiener Modell. Dieses Projekt wird vom BMVIT gefördert, wurde mit 1.7.2015 gestartet und dauert bis 30.6.2018. Die Mobilitätskarte Graz ist ein Teilprojekt von diesem geförderten Projekt, das mit Ende 2016 beginnt, 2017 geplant ist. Der Entwicklungsbedarf usw., Sie werden dann, nachdem ich weiß, dass eine Stellungnahme unterwegs ist, werden Sie diese Stellungnahme dann auch bekommen.

3) Parkplätze für einspurige Kraftfahrzeuge

GR. Dr. **Hofer** stellt an StR. Mag. (FH) **Eustacchio** folgende Frage:

GR. Dr. **Hofer**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Stadtregierung, liebe Kollegen im Gemeinderat, sehr geehrter Herr Stadtrat Eustacchio! Mario, du hast mir in meiner Frage bei der Gemeinderatssitzung im März ja geantwortet, dass es eine ständige Evaluierung geben wird für die Abstellplätze für einspurige Kraftfahrzeuge. Jetzt sind die Sommermonate und die starke Phase der Einspurigen eigentlich abgeschlossen, dies sollte über die GPS-Mitarbeiter, die ja ohnehin in der Stadt unterwegs sind, auch sehr flexibel und unbürokratisch abgewickelt werden können.

Und somit darf ich dir abschließend zum Sommer die

F r a g e

stellen: Wie lauten die Ergebnisse der Evaluierung beziehungsweise wo und wie viele Abstellplätze für einspurige Kraftfahrzeuge sind im Vergleich zu 2014 geschaffen worden?

StR. Mag. (FH) **Eustacchio**: Jawohl Philip, genauso ist es. Ich komme gleich zum Punkt. Im Evaluierungsbericht der ARGE Parkraum waren elf Örtlichkeiten genannt, wo der Bedarf beziehungsweise die Möglichkeit zur Errichtung von Stellplätzen für einspurige Kraftfahrzeuge gesehen wurden. Diese Örtlichkeiten wurden überprüft und um einige Vorschläge ergänzt, sodass schließlich für die folgenden acht Örtlichkeiten die entsprechenden Verordnungen erlassen wurden: in der Neutorgasse 33 neue Plätze, Zimmerplatzgasse neue Plätze, Raubergasse 19 eine Ausweitung, Am Eisernen Tor neu, Bischofsplatz eine Ausweitung, Joanneumring 7 neu, Raubergasse 3 neu, noch nicht

kundgemacht, weil dort eine Baustelle erst kürzlich geschlossen wurde, Tummelplatz 6 – 8 neu und das dort auf Kosten von Fahrradbügeln, dann hat es eine enorme Anzahl von Fahrradbügeln gegeben, die zu viel waren, die nicht notwendig waren. Insgesamt auf deine Frage kommend wurden 60 Stellplätze für einspurige Kraftfahrzeuge neu geschaffen. Weitere Vorschläge der ARGE Parkraum, es wären noch mehr gewesen, waren entweder rechtlich nicht möglich oder es war Einspruch der Bezirksvorstehung gegeben. Aber so, wie ich es immer gesagt habe, wir sind da insofern flexibel, wenn wir den Bedarf sehen, wird der selbstverständlich ausgewietet. Wir werden auch jetzt schauen, wie schaut es jetzt aus mit dem Wetter. Wenn das Wetter, so wie es letztes Jahr war, so ist, dass die einspurigen Motorisierten weiterfahren werden, wird dem auch natürlich dementsprechend entgegengekommen. Im letzten Jahr war es zumindest so, also das schauen wir genauso an.

GR. Dr. **Hofer**: Vielleicht schon in weiterer Zukunft für 2016. Meiner Meinung nach war das heuer eigentlich schon recht spät. Also wir haben heuer recht früh schönes Wetter gehabt beziehungsweise auch viele Einspurige und sind eigentlich dann ziemlich spät erst zu den Abstellplätzen gekommen. Ist es für dich möglich, dass man das nächste Jahr früher beginnt beziehungsweise natürlich auch wetterbedingt reagiert beziehungsweise auch die Frage dazu, diese Plätze, die jetzt neu geschaffen worden sind, sind die quasi auch die Grundlage für 2016, dass die auch alle vorhanden bleiben?

StR. Mag. (FH) **Eustacchio**: Ja, sind die Grundlage selbstverständlich. Vielleicht war es heuer deswegen bedingt, dass wir später begonnen haben, weil wir es zusammen mit den Blauen und Grünen Zonen Evaluierung gemacht haben und das war etwas später

angesetzt. Aber das nehmen wir gerne auf und werden dementsprechend früh reagieren im nächsten Jahr, gar keine Frage (*Applaus FPÖ*).

4) Zukunft der GSV Wacker

GR. Mag. **Fabisch** stellt an StR. **Hohensinner**, MBA, folgende Frage:

GR. Mag. **Fabisch**: Lieber Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren, werter Herr Stadtrat, lieber Kurt! Ein Thema mit dem wir Zwei uns ja schon lange beschäftigen, ist die Zukunft der GSV Wacker. Die Grazer Sportvereinigung Wacker ist eine Institution im Schönau-Viertel, wie Sie wissen, und vor allem für die Kinder und Jugendlichen nicht mehr wegzudenken. Sie betreibt fünf Jugendteams und eine Kampfmansschaft und hat Stars wie Mario Haas, Christian Klem und andere hervorgebracht. Durch die Errichtung der Sporthalle in der Hüttenbrennergasse verliert der Traditionsverein seine Heimstätte, den Körnerplatz.

Ein Ausweichen in die Gruabn zum Grazer Sportklub Straßenbahn wird nur äußerst schwer möglich sein. Dort müssen schon jetzt die Spiele und Trainingseinheiten von acht Jugendteams und zwei Kampfmanschaften bestritten werden – und das bei einem kaum noch bespielbaren Trainingsplatz.

Daher stelle ich an Sie, an dich lieber Herr Stadtrat, folgende

Frage:

Wie wird gewährleistet, dass während und nach den Bauarbeiten zur Unionhalle der Sport- und Spielbetrieb im Schönau-Viertel für die Kinder und Jugendlichen im

Allgemeinen und für den GSV Wacker im Besonderen aufrecht erhalten werden kann
(*Applaus KPÖ*)?

StR. **Hohensinner**, MBA: Lieber Andreas! Wir sind zu dem Thema, glaube ich, eh im ständigen Austausch. Erst kürzlich habe ich dich angerufen und habe dich sehr ausführlich informiert, wie wir weiter vorgehen werden. Dass der Sportpark Hüttenbrennergasse außer Frage steht, dass das ein ganz ein wichtiges Projekt für den Bezirk ist, ich glaube, da stimmen wir überein, weil die stark wachsende Stadt erfordert natürlich auch, dass wir genügend Bewegungsflächen schaffen. Wir werden mit der Hüttenbrennergasse auch einen Ganzjahresbetrieb sicherstellen, bis jetzt haben die jungen Leute dort spielen können ab dem Frühling bis zum Herbst. Mit der Hüttenbrennergasse werden wir im Jahr 52.000 Sportkontakte abwickeln können und wir werden vor allem auch einen Schwerpunkt auf den Mädchensport legen. Aber dein Anliegen ist auch mein Anliegen, dass wir auch den GSV Wacker, der wirklich ein ganz wichtiger Fußballverein ist, vor allem für den Bezirk, für die jungen Leute, dass wir da den Fortbestand absichern. Da gibt es drei Möglichkeiten, zwei dieser Möglichkeiten habe ich dir schon am Telefon aufgezeigt, die erste Möglichkeit ist, dass es eine Kooperation gibt mit dem GSC. Ich war auch am 19.9. in einer Bezirksratsitzung, da waren vor allem Anrainer und Vertreter vom GSV, auch vom GSC, und da ist diese Kooperation diskutiert worden und der GSC zum Beispiel hat hier auch eine Chance gesehen, du hast gerade aufgezeigt, wenn es am Areal in der Gruabn ein höheres Spielaufkommen gibt, braucht man natürlich auch einen anderen Untergrund. Es gibt ja den Normfußballplatz in der Gruabn, der ist ganz gut beieinander, wir haben ja öfter schon mit dem Gemeinderat dort gespielt gegen die Journalisten, aber daneben ist eben dieses Trainingsfeld und dieses Trainingsfeld gehört auf jeden Fall erneuert und hier wäre der Plan, dass wir einen Kunstrasen hier integrieren und so könnte auch ein vermehrtes Spielaufkommen abgewickelt werden. Die zweite Möglichkeit wäre, dass

die Kirchnerkaserne angemietet wird, aber da sind wir davon abhängig, dass die Sivbeg diesen Grund auch zum Verkauf oder zur Anpacht freigibt, die Frau Peer ist hier auch informiert, sobald das angeboten wird, wird sie in Verhandlung treten und eine dritte Möglichkeit gibt es am Areal in der Herrgottwiesgasse, Post SV hätte auch freie Kapazitäten. Und eines möchte ich auch noch richtigstellen, du hast gesagt, am Areal vom Körner-Platz gibt es überhaupt keine Heimstätte mehr, das ist so auch nicht ganz richtig, weil wir werden einen Platz in den Maßen 30 x 60 trotzdem sicherstellen, wo zumindest eine Jugendmannschaft Spiele austragen kann und die restlichen Mannschaften könnten dort auch trainieren. Natürlich den Spielbetrieb, da braucht man eine Kooperation mit einer anderen Spielstätte (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Fabisch**: Vielleicht keine Frage, sondern eher eine Ergänzung, damit allen die Problematik klar ist. Wir haben von zehn Mannschaften, die jetzt in der Gruabn trainieren, dann plötzlich 16 und das Problem ist einfach das, dass es dann nicht mehr zu koordinieren ist, wann welche Mannschaften trainieren. Die Jugendlichen können am Abend nicht, die Erwachsenen können natürlich am Nachmittag nicht, das ist eben die Problematik, die uns beiden ja natürlich schon unter den Nägeln brennt. Zur Ergänzung, der GSC, eine Kooperation mit dem GSC, der GSV sieht das eher kritisch, wenn ich das richtig sehe, und fürchtet da vielleicht, als eigener Verein unter Umständen nicht mehr länger zu existieren. Meine Frage an dich zuletzt: Gibt es schon Kontakte, gibt es jetzt schon den deponierten Wunsch der Stadt Graz an die Sivbeg, hier ein Areal in der Kirchnerkaserne zu kaufen oder zu pachten (*Applaus KPÖ*)?

StR. **Hohensinner**, MBA: Lieber Andreas, das verstehe ich jetzt nicht ganz, vielleicht hast du die Frage schon vor dieser Gemeinderatssitzung jetzt formuliert, die

Zusatzfrage. Aber wenn du mir zugehört hättest, ich habe gesagt, es gibt den klaren Auftrag, das Anliegen, dass die Kathi Peer, sobald das Areal zum Verkauf beziehungsweise zur Verpachtung am Markt ist, in Verhandlungen einzutreten. Also diesen Auftrag gibt es, lieber Andreas (*Applaus ÖVP*).

5) Freiwilliges Soziales Jahr

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Marak-Fischer** stellt an StR. **Hohensinner**, MBA, folgende Frage:

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Marak-Fischer**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrter Herr Stadtrat, geschätzte Stadträtinnen! Vor etwa eineinhalb Jahren habe ich an dieser Stelle einen dringlichen Antrag gestellt, der sich mit dem administrativen Unterstützungspersonal in Grazer Pflichtschulen beschäftigt hat. Grundsätzlich wäre es darum gegangen, dass eben in den Schulen derzeit sowohl die LehrerInnen als auch die Direktorinnen und Direktoren sehr viel Zeit dafür aufwenden müssen, einfache administrative Tätigkeiten auszuführen, vom Ausdrucken irgendwelcher Bestätigungen für Eltern bis hin zu Kopien, Einfügen von Daten und, und, und. Das wird auch von Jahr zu Jahr eher mehr als weniger und es wäre einfach sinnvoll, dass die PädagogInnen und DirektorInnen wieder für die Tätigkeit, für die sie eigentlich auch ausgebildet und bezahlt werden, Zeit finden. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen und du hast vor gut einem Jahr ein Modell dazu entwickelt und zwar an Pilotschulen, die Möglichkeit des Freiwilligen Sozialen Jahres für 18/19-jährige junge Menschen geschaffen und nach diesem einen Schuljahr ist es jetzt aus meiner Sicht auch Zeit, hier eine Bilanz zu ziehen und ich darf dich daher fragen:

Vor gut einem Jahr hast du die Initiative gestartet, das Freiwillige Soziale Jahr an einigen ausgewählten Grazer Pflichtschulen absolvieren zu können. Wie ist deine Bilanz (*Applaus SPÖ*)?

StR. **Hohensinner**, MBA: Liebe Frau Gemeinderätin! Das ist richtig, im Schuljahr 2015/16 haben wir das Freiwillige Soziale Jahr an drei Schulstandorten durchgeführt, mit einem sehr großen Erfolg. Das freiwillige Sozialjahr, du hast es gesagt, hat zwei Ausrichtungen. Einmal, dass die jungen Leute auch das Berufsfeld Schule kennenlernen und zum anderen soll das eine Unterstützung für die Direktoren auch und für die Pädagoginnen und Pädagogen darstellen. Wir haben auch eine Befragung gemacht, wie alle damit zufrieden sind. Wir haben positive Rückmeldungen von den DirektorInnen, von den PädagogInnen und von den jungen Menschen, eben von den jungen Damen, die dieses freiwillige Sozialjahr machen und weil das so gut angekommen ist, haben wir in diesem Jahr die Anzahl der jungen Damen beziehungsweise die Möglichkeit verdoppelt und derzeit sind sechs junge Damen aktiv in unseren Schulen. Ich glaube, das ist ein schöner Erfolg von dem Projekt (*Applaus ÖVP*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Marak-Fischer**: Dankeschön und freue mich auch, dass das tatsächlich angenommen worden ist von den jungen Menschen. Sechs Standorte deckt natürlich bei weitem nicht den Bedarf in allen Pflichtschulen, die Idee auch der Vizebürgermeisterin wäre ja gewesen, dass man Frauen oder Personen am Arbeitsmarkt, die sich schwer tun, auch nachqualifiziert, speziell in diese Richtung hin und hier auch tatsächlich neue Arbeitsplätze schafft. Bist du bereit, hier auch in diese Richtung noch einmal weiterzudenken, um idealerweise natürlich einerseits auch die Flächendeckung zu schaffen, andererseits aber natürlich auch die Stadt Graz als Arbeitsgeberin noch besser positionieren zu können und einige wichtige neue Arbeitsplätze auch zu schaffen (*Applaus SPÖ*)?

StR. **Hohensinner**, MBA: Also, einerseits muss man schon ganz klar sagen, dass wir als Schulerhalter für diese Art von Unterstützungsleistung nicht zuständig sind. Aber, Frau Gemeinderätin, wenn die Frau Vizebürgermeisterin einerseits ein schlüssiges Konzept vorlegt, andererseits auch die finanziellen Mittel bereitstellt, bin ich gerne bereit (*Applaus ÖVP*).

6) Förderung von Kindern mit Deutsch als Muttersprache

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Schleicher** stellt an StR. **Hohensinner**, MBA, folgende Frage:

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Schleicher**: Hoher Gemeinderat, werte Gäste, sehr geehrter Herr Stadtrat! Aktuellen Medienberichten zufolge hat der Anteil an Migranten an Grazer Pflichtschulen inzwischen ein Besorgnis erregendes Ausmaß erreicht. Über 50 % aller Kinder aller Grazer Volksschulen haben als Muttersprache nicht mehr Deutsch. Über 50 %. Bei der Neuen Mittelschule ist der Anteil noch größer und liegt bei 60 %. In manchen Bezirken in Graz gibt es Schulen mit einem Anteil von 98 %. Dass unsere eigenen Kinder aufgrund dieses hohen Anteils an Mitschülern, die Deutsch nicht als Muttersprache haben, einen Nachteil haben, steht für mich außer Frage. Der Leiter einer Volksschule im Bezirk Lend fasst knapp zusammen, dass diese Kinder in vier Jahren Volksschule nur unter der Voraussetzung Deutsch sehr gut lernen könnten, wenn neben jedem der Kinder ein Lehrer stünde.

Angesichts des gegenwärtigen Flüchtlingsstromes ist zu erwarten, dass die bisherige Zunahme an Kindern mit nicht-deutscher Muttersprache an Grazer Pflichtschulen

rasant vorangetrieben wird. Die vorhin genannten Zahlen spiegeln diese Entwicklung noch nicht wider.

Daher richte ich an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachstehende

Frage:

Welche Maßnahmen im eigenen Zuständigkeitsbereich werden gesetzt, um einer Benachteiligung von Kindern mit Deutsch als Muttersprache entgegenzusteuern (*Applaus FPÖ*)?

StR. **Hohensinner**, MBA: Liebe Frau Gemeinderätin! Ich habe ein bisschen ein Problem mit Ihrer Diktion. Erstens sind Kinder generell nicht Besorgnis erregend zum Ersten und zum Zweiten, Sie sprechen von unseren Kindern, unseren „eigenen“ Kindern und Sie verwenden da eine Definition, nämlich Sie sagen, unsere „eigenen“ Kinder sind jene Kinder, die Deutsch als Muttersprache haben. Und jetzt schaue ich ganz kurz hier in den Gemeinderat und sehe den Thomas Rajakovics sitzen und auch die Bedrana Ribo. Also wenn man nach dieser Definition gehen würde, würdest du oder würden Sie unterstellen, dass diese Kinder dieser zwei Personen nicht unsere Kinder sind und da möchte ich dieses Wording wirklich auf das Schärfste verurteilen (*Applaus ÖVP und Grüne*). Und du warst leider nicht im Bildungsausschuss, der Armin war im Bildungsausschuss und da habe ich es schon einmal gesagt. Ich habe wirklich ein Problem mit der FPÖ, wie hier Zahlen verwendet werden...

Zwischenruf GR. Ing. Lohr: Das halten wir aus.

StR. **Hohensinner**, MBA: ...um auch die Emotionen hochgehen zu lassen. Ja, wir haben jetzt in den Schulen zirka 50 % Kinder, die nicht Deutsch als Muttersprache haben, die haben wir. Aber die Zahl darzustellen oder ihr versucht, eben zu vermitteln, dass zirka 50 % der Schüler unserer Schulen nicht Deutsch können. Das stimmt einfach überhaupt nicht und es löst auch das Problem nicht. Ich bitte euch, ich meine, ich versuche es noch einmal, ich glaube, ihr werdet es nicht machen, dass ihr einerseits diese Zahl schon kommuniziert, das ist ja kein Problem, aber dass ihr andererseits auch sagt, wo das Problem liegt, nämlich bei den Kindern, die einen Sprachförderbedarf haben. Und wir haben die Sprachstandserhebung bei den viereinhalbjährigen Kindern und da wissen wir, dass wir eine Herausforderung haben bei 22,5 % der Kinder, und da gehört angesetzt und da investieren wir auch unsere ganze Energie, unsere Mittel, und zwar 1,7 Millionen Euro, mit dem Ziel, dass die Kinder bereits in der Vorschule, also im Kindergarten, so deutschfit gemacht werden, dass sie bei Schuleintritt dem Unterricht folgen können. Wenn wir das schaffen, dann sind wir einen Schritt weiter und da werden wir alle Energie verwenden (*Applaus ÖVP*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Schleicher**: Uns ist vollkommen klar, wo das Problem liegt. Die Zahlen, die ziehen wir uns auch nicht aus dem Hut, sondern sie sind aus der Presse, aus Artikeln. Da nehme ich an, dass die gut recherchiert sind...

Zwischenruf GR. Mag. Frölich: Dann ist es sicher richtig.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Schleicher**: Wortklauberei, sehr geehrter Herr Stadtrat, wird dieses ernste Zukunftsthema auch nicht lösen und dann komme ich zu meiner Zusatzfrage. Und zwar, wann ist der Plafond erreicht? Welchen Prozentsatz darf ich den Bürgern draußen, den Eltern draußen weitergeben, wann ist der Plafond erreicht, wann wirst du deine Bundeskollegen kontaktieren und bitten, die entsprechenden fremdenrechtlichen und asylrechtlichen Bestimmungen zu ändern (*Applaus FPÖ*)?

StR. **Hohensinner**, MBA: Also zu den Zahlen. Deine Frage strotzt nur vor Fehlern. Ich habe mir das angeschaut, du sagst, 2008 war die Zahl bei 20 % der Kinder mit nicht deutscher Muttersprache, das stimmt so nicht, das war damals der Sprachförderbedarf. Wenn du diese Zahl aus einer Zeitung herausnimmst, aus der Presse, dann bitte ich einfach, wenn du eine verantwortungsbewusste Gemeinderätin bist, dann überprüfe die Zahl, aber nimm nicht ungeprüft irgendwelche Zahlen heraus. Und wann kontaktiere ich die Bundesregierung, liebe Frau Kollegin, ich bin für die Integration zuständig, ich habe dir gerade vorher erklärt, mein Ansatz ist, dass ich schaue, wie viele Kinder haben einen Sprachförderbedarf und wir wissen, dass das nicht nur Kinder aus anderen Ländern sind.

Zwischenruf GR. Ing. Lohr: Aber hauptsächlich.

StR. **Hohensinner**, MBA: Weil zwei Drittel der Kinder sind aus anderen Ländern, ein Drittel, das sind Legastheniker zum Beispiel, das ist durchgemischt. Deswegen unterscheide ich jetzt nicht, welche Kinder sind unsere Kinder oder welche Kinder sind

andere Kinder. Ich setze da an, wo ein Sprachförderbedarf ist und schaue, dass die Kinder einfach dem Unterricht folgen können und da kontaktiere ich sehr wohl die Bundesregierung und hole mir Mittel. Die 1,7 Millionen Euro, die können wir nur aufwenden, weil der Sebastian Kurz als Integrationsminister dementsprechend viel Geld bereitstellt und das muss unsere Zielsetzung sein für die Zukunft (*Applaus ÖVP*).

7) Streetworkoutplätze für Graz

GR.ⁱⁿ **Ribo**, MA stellt an StR. **Hohensinner**, MBA, folgende Frage:

GR.ⁱⁿ **Ribo**, MA: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste, sehr geehrter Herr Stadtrat, lieber Kurt! In meiner heutigen Frage geht es eben um die Schaffung von neuen sogenannten „Streetworkoutplätzen“ in Graz. Das sind Plätze, die öffentlich zugänglich sind, sie bieten Trainingsmöglichkeiten an, auf denen jede oder jeder kostenlos und draußen an der frischen Luft trainieren kann. In vielen Großstädten sind diese in den Parks nicht mehr wegzudenken. Sie sind nicht nur Sportstätten, sondern dienen als Orte des sozialen Austauschs. Vor allem Parks, also da nenne ich jetzt zwei Parks, Augarten und Volksgartenpark würden sich gut eignen für diese Plätze, da sie in Bezirken sind mit einer sehr hohen Bevölkerungsdichte.

Es ist leider so, dass nicht jeder die Möglichkeit hat, oder Gott sei Dank auch so, in einem Fitnesscenter zu trainieren, die Mitgliedschaften sind teuer und ein Training im Freien wäre natürlich viel besser. Streetworkout ist ein neuer Trend, der hoch im Kommen ist, er hat bei einer breiten Bevölkerung hohen Zuspruch, vor allem aber Jugendliche sind eben diesem Trend oder stehen diesem Trend sehr nahe. Also wir haben das bemerkt in den letzten Schuldiskussionen, dass immer wieder der Wunsch an uns GemeinderätInnen, also mit dem Wunsch herangetreten wurde, mehr solche Streetworkoutplätze in Graz zu gründen oder zur Verfügung zu stellen.

Graz ist eine wachsende, urbane Stadt, diesem Trend sollten wir folgen. Es wäre natürlich nicht nur für die Kinder oder für die Jugendlichen, für die sportbegeisterten Menschen eine Aufwertung, sondern für die Stadt allgemein.

Deswegen stelle ich im Namen des grünen Gemeinderatsklubs an dich folgende

Frage:

Siehst du als Sportstadtrat der Stadt Graz eine Möglichkeit, Streetworkoutplätze, wie bereits auf der Gustav-Scherbaum-Promenade vorhanden, auch an anderen Plätzen wie beispielsweise im Augartenpark oder im Volksgartenpark zu errichten (*Applaus Grüne*)?

StR. **Hohensinner**, MBA: Das ist sogar ein sportliches Herzensanliegen von mir. Was du vielleicht nicht weißt, Frau Gemeinderätin, der Herr Dr. Philipp Hofer war vor zirka fünf Jahren in Brasilien in Rio und hat diese Idee damals mit nach Graz genommen und hat vor drei Jahren zirka diese Anregung gemacht, so etwas in Graz umzusetzen und das war unsere Initiative, an der Murpromenade Höhe Körösi, dass wir eben den ersten Streetworkoutpark umsetzen. Damals ist es nur ausgegangen, dass man so im November die ganze Geschichte installieren konnte und ich habe Angst gehabt, dass das nicht wirklich angenommen wird und es war ein Wahnsinn. Also sogar im Winter haben die Leute trainiert und jedes Mal, wenn ich dort vorbeilaufe, sind die Leute aktiv und trainieren alle Muskeln eben ohne Fitnessstudio, es geht auch so und es ist ideal, weil man läuft hin, ist aufgewärmt und kann dann eben alle Muskelgruppen mit diesen Stangen trainieren. Wir haben uns zum Ziel gesetzt, weil es haben viele Bezirke angefragt, dass wir solche Streetworkoutparks errichten, wir haben uns zum Ziel gesetzt, dass wir jedes Jahr einen Park installieren. Letztes Jahr war eben der an der Murpromenade, heuer haben wir einen installiert in der Muchargasse beim

Bezirkssportplatz und wir haben jetzt auch vor, jedes Jahr einen Park nachzurüsten. Es ist halt finanziell nicht möglich, dass man gleich alle Bezirkssportplätze zum Beispiel ausrüsten, aber ein nächster Schritt wird sein im Augarten, da gibt es so ein Holzkonstrukt, das ist schon in die Jahre gekommen, dass man dieses Holzkonstrukt mit einem Streetworkoutpark ersetzen und mir ist es auch ein Anliegen, dass man dorthin geht, wo man eine positive Verdrängung auch brauchen durch den Sport und ein weiterer Park ist angepeilt im Volksgarten. Das ist so der Ausbauplan (*Applaus ÖVP*).

GR.ⁱⁿ **Ribo**, MA: Ich freue mich sehr, wie gesagt, wir haben uns schon einmal darüber unterhalten. Ich finde es wirklich super, wenn man das weiter angeht, weil das einfach ein niederschwelliger und kostenloser Zugang wäre zum Sport, der sehr gut ankommt. Danke.

8) Evaluierung der Haltestellen der Holding Graz – Linien

GR. **Stöckler** stellt an StR. Mag. (FH) **Eustacchio** folgende Frage:

GR. **Stöckler**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrter Herr Stadtrat, hoher Gemeinderat, meine sehr geehrten Damen und Herren! Du hast im Jahr 2013 auf meine Frage hin bezüglich Haltestellenerreichung Bezirksgericht Graz West die Antwort gegeben, dass eine allfällige Evaluierung der Erreichbarkeit dieser Haltestellen von der TU im Jahr 2014 vorgenommen wird. Es geht ja nicht nur darum, um die Haltestelle, eine allfällige Haltestelle vom Bezirksgericht, welche sicher nicht nachteilig wäre von der Erreichbarkeit her, sondern es geht ja auch Schloss Eggenberg ist schon

lange, Gerda Gesek hat es, glaube ich, jahrelang probiert. Ich wollte dich jetzt nur fragen:

Wie lautet das Ergebnis der von dir angekündigten Evaluierung der Haltestellen der Holding Graz – Linien durch die TU-Graz?

StR. Mag. (FH) **Eustacchio**: Lieber Peter, das ist ein Teil eines sehr großen Konzeptes, des Mobilitätskonzeptes 2020 beziehungsweise schon 2025, das ist bereits ausgearbeitet. Mit den Verkehrssprechern hat es ein erstes Gespräch und eine erste Abstimmung gegeben und am 4.11. findet das nächste Gespräch statt. Ich muss dich jetzt enttäuschen, dass ich dir nicht die Details gebe oder bewusst nicht gebe, aber ich lasse es dir, sobald es dann öffentlich ist, gerne zukomme. Wir haben wirklich im Vorfeld die Abstimmung mit den Verkehrssprechern und dort wird es präsentiert eben am 4.11. Ich möchte dem auch nicht vorgreifen, ich bitte um dein Verständnis (*Applaus FPÖ*).

9) Machbarkeitsstudie Murgondel

GR.ⁱⁿ **Bergmann** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch** folgende Frage:

GR.ⁱⁿ **Bergmann**: Sehr geehrter Herr Stadtrat, lieber Gerhard! Die Idee, den städtischen Verkehr um eine Gondel entlang der Mur zu bereichern, wurde in der Vergangenheit schon des Öfteren in den Medien, aber auch am ÖVP-Stadtparteitag und von Holding-Vorstand Herrn Dipl.-Ing. Wolfgang Malik ins Gespräch gebracht. Es ist also wirklich nichts Neues.

In den städtischen Verkehrskonzepten jedoch zum Ausbau des öffentlichen Verkehrs war bisher die Murgondel noch nicht vorgesehen. Allein aus Kostengründen ist diese Variante wahrscheinlich zurzeit kaum vorstellbar. Die Stadt hat allein mit dem bereits dringend notwendigen Straßenbahnausbau für die Erschließung von Reininghaus und Smart City sowie für die Erhöhung der Kapazitäten bei den anderen Linien kaum einen finanziellen Spielraum.

Beim Hearing für die neuen beziehungsweise für die alten Holdingvorstände wurde jedoch von Frau Mag.^a Barbara Muhr über eine Machbarkeitsstudie zur Murgondel bereits ganz konkret gesprochen. Es stellt sich die Frage, wie sinnvoll es momentan ist, von Seiten der Holding Graz in dieses Projekt Zeit und Geld zu investieren, außer es gibt hier bereits Vorstellungen über ein PPP-Modell.

Nachdem im Jänner 2014 bereits der Kollege Dreisiebner eine Anfrage an dich gestellt hat, ob eine solche Machbarkeitsstudie vorliegt und du dies verneint hast, stelle ich jetzt an dich als Beteiligungsreferent die

Frage:

Gibt es in der Holding einen Auftrag für eine Machbarkeitsstudie zur Murgondel beziehungsweise, falls diese bereits vorliegt, wie viel hat sie gekostet (*Applaus KPÖ*)?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Frau Klubobfrau, zunächst möchte ich gerne wiederholen, was ich zu dieser Frage vom Karl Dreisiebner gesagt habe. Und zwar denke ich, dass es wohl allen Personen und Parteien, auch unserem eigenen Unternehmen durchaus erlaubt ist möglicherweise durchaus auch die Aufforderung ergeht, sich den Verkehr betreffend Gedanken über zukünftige Lösungen zu machen und damit in diesem

Zusammenhang durchaus auch Aufträge zu vergeben. Es ist ja durchaus selbstverständlich, dass, sollten aus diesen Aufträgen irgendwelche konkreten Projekte entstehen, dass diese konkreten Projekte hier in diesem Raum entschieden werden müssten und nicht von der Holding. Die Holding hat mit Beschluss des Gesamtvorstandes inzwischen zwei Aufträge gegeben, Machbarkeitsstudien über verschiedene Abschnitte und Potentiale in der Stadt mit 140.000 Euro, und sie hat gleichzeitig diese zukunftsorientierten Überlegungen mit der TU, mit der BMVIT abgesprochen und auch diskutiert und es gibt inzwischen auch einen Forschungsauftrag vom BMVIT über die Technische Universität Graz, wonach die Potentiale und Chancen von urbanen Seilbahnsystemen im multimodalen Stadtverkehr am Beispiel Graz zu evaluieren sind. Selbstverständlich werden die Ergebnisse, sobald sie vorliegen, die Studien sind in Bearbeitung, sind noch nicht fertig, werden selbstverständlich Überlegungen miteingebaut und auch hier im Gemeinderat, sollte es tatsächlich zu konkreten Projektüberlegungen kommen, diskutiert werden, vorgestellt werden (*Applaus ÖVP*).

GR.ⁱⁿ **Bergmann**: Ich wollte nur wissen, ob das jetzt alles Hand und Fuß hat. Danke.

10) Gesundheitsförderungsprojekte für Frauen mit Migrationshintergrund

GR.ⁱⁿ **Haas-Wippel**, MA, stellt an StR.ⁱⁿ **Rücker** folgende Frage:

GR.ⁱⁿ **Haas-Wippel**, MA: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat, sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer, liebe Lisa! In meiner Frage geht es um Gesundheitsförderungsprojekte für MigrantInnen und du weißt sicher, dass bei den

Untersuchungen und Studien im Bereich Migration und Gesundheit ganz klar hervorgeht, dass Migrantinnen da einen Nachteil haben, speziell bei den Gesundheitsförderungsprojekten, Früherkennungsprogrammen etc. Hauptfaktoren sind meistens Informationsdefizite, aber natürlich auch die Sprachbarriere und unzureichende Kenntnisse über das österreichische Gesundheitssystem.

Deshalb meine

Frage

an dich, liebe Lisa: Welche speziellen Gesundheitsförderungsprojekte bietet das Gesundheitsamt für Frauen mit Migrationshintergrund an (*Applaus SPÖ*)?

StR.ⁱⁿ **Rücker**: Danke für deine Frage, Frau Gemeinderätin! Es ist natürlich auch mir ein Anliegen, besonders in der Gesundheitspolitik ist es auch der Auftrag meiner Meinung nach, in der kommunalen, dort stärker anzuschieben, wo Benachteiligungen stattfinden und wir wissen, dass beim Zugang zur Information, zu Wissen, aber eben auch zur Versorgung für migrantische Frauen besondere Handicaps liegen, deswegen würde ich jetzt gerne in drei Schwerpunkte unterteilen, wo unsere Förderansätze liegen. Einer ist genau in dem Bereich gelegen, den du kurz beschrieben hast, das ist das Thema Zugang zur Information und überhaupt Wissen, das ist ein erster Punkt. Der zweite Punkt ist in dem Sinne Prävention und Gesundheitsförderung, damit ein gesünderes Leben überhaupt einmal angegangen werden kann und der dritte Bereich, den sehe ich in der interkulturellen Öffnung jener Einrichtungen, die im Gesundheitsbereich die Standardeinrichtungen sind und deswegen ist mir wichtig, nicht nur ausschließlich Programme zu fördern, wo jetzt reine spezielle Angebote für Migrantinnen sind, sondern eben ganz bewusst auch dort Hürden abzubauen

beziehungsweise Unterstützung zu geben, damit die Standard-Gesundheitseinrichtungen hier sensibilisiert werden und einen neuen Zugang zu dieser Klientel finden. Ich beschreibe jetzt da ein paar Projekte, die wir derzeit fördern aus einem leider über die Jahre nicht größer gewordenen Gesundheitsfördertopf, das kannst du dir vorstellen. Trotzdem sind uns manche Projekte, ganz besonders auch gemeinsam mit dem Fonds für gesundes Österreich, immer wieder gelungen. Ich nenne zuerst einmal die Bereiche, die liegen in diesem Informations- und Wissensvermittlungsbereich, das eine ist das Omega, das immer wieder Projekte macht. Wir fördern hier ganz besonders auch diese umfassende psychosoziale Beratung- und Zugänge und Informationsrunden speziell für Frauen. IKEMBA hat ebenfalls hier mit dem FGÖ schon erfolgreich Projekte umgesetzt und ist weiterhin auf unserer Förderliste im Sinne von Health Literacy, das ist genau diese Informationsvermittlung zur Gesundheit. Hier geht es darum, dass Outreach-Arbeit, die ja ein Begriff ist, der vielleicht da herinnen erläutert gehört, es geht darum, dass es eine nachgehende Form ist, dass wir Multiplikatorinnen dort ausgebildet haben, die in die Communitys gehen, in die Kulturvereine, um dort in Gesprächsrunden diese Information zu Zugänge erhöhen. Das wird bei IKEMBA gefördert. Außerdem hat IKEMBA jetzt ein neues Projekt, auch wieder mit dem Fonds gesundes Österreich, den ich sehr spannend finde, die versuchen jetzt, für ältere Migranten und Migrantinnen spezielle die Zugänge auch zu Sportvereinen herzustellen, damit die im Bereich der Gesundheitsprävention, wo es darum geht, Bewegung, weil da sehen wir ganz besonders schlechte Daten, wenn es um die Frage der körperlichen Ertüchtigung von älteren Migrantinnen/Migranten geht, das hier versucht wird, mit den Grazer Sportvereinen Zugänge zu erhöhen, das Projekt wird auch von mir unterstützt. Weiters wird unterstützt der Verein SOMM, den du sicher kennst, der in unterschiedlichen Bereichen immer schon im Gesundheitsbereich aktiv ist, mit in die Krankenhäuser geht, besonders bei muslimischen Frauen versucht, Barrieren abzubauen und Wissen herzustellen, aber auch ganz konkret bei Behandlungsgesprächen als Dolmetsch beziehungsweise als kulturelle VermittlerInnen dabei sind. Ein Bereich, der vielleicht

manchmal untergeht, ist, dass wir im Bereich des FXA, das ist die Beratungseinrichtung für Sex-Arbeiterinnen, an die 90 % der Frauen, die dort betreut werden oder die bei uns in Graz in den Bordellen und Laufhäusern arbeiten, sind Frauen, die migrantischen Hintergrund haben, auch die haben von mir eine Förderung erhöht bekommen, weil sie auch hier eine wichtige Prävention und auch im gesamtgesellschaftlichen Sinne eine wichtige Gesundheitsförderungsarbeit machen und hier bauen wir auch den Beratungsansatz in unserer eigenen Untersuchungsstelle ab nächstem Jahr aus, weil wir durch die gesetzlichen Rahmenbedingungen hier neue Möglichkeiten sehen. Das Thema gesunde Nachbarschaft, in der Triester Siedlung unterstützen wir ein Projekt, das sich eben nicht nur an MigrantInnen, aber besonders an BewohnerInnen in der Triester Siedlung, wo das Frauengesundheitszentrum mit dem Stadtteilzentrum vor Ort gemeinsam auch ein Projekt umsetzt, wo es darum geht, Gesundheitsinformation und -förderung für die dort lebenden Menschen. Es geht auch wieder um Aktivierung, Mobilisierung, raus aus den sitzenden Aktivitäten hin zu mehr Aktivität unterstützt wird und eben auch da geht es um Information bis hin zu ganz konkreten Gesundheitsprogrammen. Weiters die Caritas Marienambulanz, da sind wir schon bei der Behandlung, bekommt natürlich regelmäßig von uns Geld, wird auch mehr brauchen in Zukunft, weil wir dort ja die ganzen unversicherten Personen haben, das ist wieder eine ganze breite soziale Gruppe, aber natürlich auch viele Frauen aus dem migrantischen Grund, die selber keine Versicherungen haben. Das FMZ, muss ich auch nicht erwähnen, bekommt eine Förderung. Was in diesem Gemeinderat beschlossen wird, und da geht es wieder um die interkulturelle Öffnung, ist, dass wir über das Sparbuch einen weiteren Betrag für den Dolmetsch-Pool der Stadt Graz, der über Omega läuft, bereitstellen werden, damit wir jetzt in der besonderen Situation des Flüchtlingsandrangs beziehungsweise Flüchtlingsbetreuung, aber auch sonst den erhöhten Bedarf der Dolmetsch-Leistungen im Gesundheitsbereich, hier 20.000 Euro zusätzlich dem Dolmetsch-Pool zur Verfügung stellen, damit die Leistungen besser absolviert werden können als bisher, weil hier dringender Bedarf ist (*Applaus Grüne*).

GR.ⁱⁿ **Haas-Wippel**, MA: Danke, liebe Lisa, für diese umfassende Auflistung. Du hast Prävention Gesundheitsförderung angesprochen und wirklich viele Projekte aufgezählt. Was mir aber fehlt, und da ist aber das Gesundheitsamt federführend, wenn es darum geht, für Schwangere Betreuungs- und Informationsangebote zu setzen und man weiß ja, dass Frauen mit Migrationshintergrund aufgrund sozioökonomischer Faktoren schwierigere Schwangerschaftsverläufe haben und auch die Perinatal-Daten schlechter sind als bei den einheimischen Frauen. Deshalb meine Frage, diese umfassenden Schwangerschaftsberatungen, auch mit medizinischer Begleitung und Betreuung, gibt es da auch Dolmetscherinnen für Migrantinnen (*Applaus SPÖ*)?

StR.ⁱⁿ **Rücker**: Danke für diese Frage. Es ist schade, dass die Kollegin Martina Schröck jetzt nicht da ist, wir gemeinsam in der Vorbereitung sind und sie das jetzt auch über das Jugendamt sehr federführend mitbetreut, ist, dass wir über die Stadt Graz zum Thema frühe Hilfen uns besser aufstellen wollen. Das heißt, es ist so, dass wir zwischen Gesundheitsamt und Sozialamt kooperierend den Bereich vor einer Schwangerschaft, während einer Schwangerschaft, in der Situation der Geburt und danach und auch die ersten Jahre wesentlich stärker durch die Angebote, die es teilweise gibt, aber durch ein besseres Vernetzungszusammenspiel ausbauen wollen, natürlich auch eine Schwangerenberatung der Caritas, die ganz viel gerade mit migrantischen Frauen in schwangeren Situationen, weil sie viel mit den existenziell am schlechtesten dastehenden, beschäftigt sind. Das heißt, da werden alle Angebote jetzt einmal kopiert, sondiert und geschaut, was da an Vernetzung möglich ist und wir werden hoffentlich im Frühjahr gemeinsam präsentieren können das Gesamtkonzept zum Thema frühe Hilfen, wo natürlich migrantische Mütter, Frauen, Eltern einen Fokus

erhalten aber da geht es wirklich vor allem darum, dass die Personen, die jetzt noch nicht so leicht Zugang finden zu den Angeboten, die es gibt. Wir wissen, dass die Vorbereitung im Schwangerschaftsbereich oft etwas ist, was eher aus dem Bildungsbürgertum wahrgenommen wird, aber nicht so sehr aus den sozial schwächeren Schichten, aus welchen Gründen immer, das muss man eben adaptieren und hier sind wir am Schnüren eines Paketes, da gibt es eine Kooperation mit dem Sozialressort, also mit dem Jugendamt in dem Fall, und da hoffen wir, dass wir demnächst auch ein Ergebnis haben, das dann auch den besseren Zugang ermöglicht. Und der Dolmetsch-Pool wird ja auch deswegen von mir aufgestockt, damit wir in dem Bereich auch stärker DolmetscherInnen einsetzen können in Zukunft (*Applaus Grüne*).

11) Schwimmlehrer-Entgelt

GR. **Mogel** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch** folgende Frage:

GR. **Mogel**: Hoher Gemeinderat, werte Gäste, werter Stadtsenat, sehr geehrter Herr Stadtrat Rüsch! Schwimmlehrer-Entgelte, das Thema haben wir das letzte Mal in der Gemeinderatssitzung auch schon gehabt. Ich habe einen dahingehenden Antrag eingebracht und die Kollegin Ribo hat eine Anfrage an den Herrn Sportstadtrat Hohensinner gestellt. Daher will ich auch gar nicht allzu lang da jetzt inhaltlich in die Breite gehen, vielleicht einen Gedanken, den Sie mir noch gestatten. Man weiß, dass Schwimmen für den menschlichen Organismus in allen Altersstrukturen zu einer der gesündesten Sportarten zählt. Aus volksgesundheitlicher, aber auch aus volkswirtschaftlicher Sicht und vor allem auch aus Sicht der Grazer Bäder sollte eigentlich alles unterstützt und nicht behindert werden, dass Menschen schwimmen lernen und unsere Schwimmbäder nutzen.

Bis jetzt habe ich aber leider noch keine Rückmeldung auf meinen Antrag erhalten und stelle daher im Namen des freiheitlichen Gemeinderatsklubs folgende

Frage:

Sind Sie bereit, in Ihrer Eigenschaft als Beteiligungsreferent bei der Holding Graz nachzufragen, ob nicht eine bessere und vor allem sinnvolle Lösung in dieser Angelegenheit, also der Schwimmlehrer-Entgelte, erarbeitet werden kann (*Applaus FPÖ*)?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Danke, Herr Gemeinderat, ich habe die erwähnten, die Anfrage und den Antrag, selbstverständlich noch in Erinnerung, habe ihn auch nochmals rausgesucht, mir durchgelesen. Ich weiß jetzt nicht, wieso die Anfrage da an mich gestellt wurde, weil zuständig inhaltlich ist natürlich der Kurt Hohensinner, ich habe mich auch beim Kurt Hohensinner erkundigt. Eine Antwort von ihm ist unterwegs und es hat auch Gespräche zwischen ihm und der Holding gegeben und, soweit ich informiert bin, wird der Geschäftsführer der Freizeitbetriebe, der Herr Krainer, dazu einen runden Tisch machen, um diese Frage nochmals zu besprechen.

GR. **Mogel**: Grundsätzlich war natürlich an Sie die Frage gerichtet, weil Sie der Beteiligungsreferent sind, deswegen. Ich habe gedacht, das ist der direkteste Weg, als wenn wir jetzt inhaltlich lange herumdiskutieren. Weil grundsätzlich könnte man sagen, ja lassen wir es halt einfach einmal. Diskutieren wir zuerst und heben dann Gebühren ein, wäre so mein Ansatz, aber gut, mag auch anders funktionieren. Die

Frage, die Sie jetzt aufzeigen, bis wann soll das stattfinden, weil angeblich werden jetzt schon diese Gebühren eingehoben.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Also, dass Sie mich ansprechen, ehrt mich selbstverständlich, freue mich über diese Ehre, aber der Beteiligungsreferent ist für finanzielle Dinge, für Finanzplanung, Budget, Eigenkapital, Deckung, grundsätzliche ökonomische Ausrichtung zuständig, während aus meiner Sicht das eine typisch fachspezifische Frage ist. Aber ich werde, der Kurt Hohensinner ist ja da und hat auch mitgehört, ich weiß, dass er sich sehr bemüht, dass es da zumindest zu einer Information und zu einer Diskussion kommt. Das, was ich auch noch mitbekommen habe in den Gesprächen, ist, dass die Holding hier nicht als Einzige Entgelte verlangt, sondern dass das bei anderen Schwimmbadbetreibern durchaus auch üblich ist. Aber das wird, nehme ich an, wird eben Gegenstand von diesen Diskussionen sein und ich kann es nur nochmals sagen, es ist offensichtlich unterwegs die Antwort.

GR. **Mogel**: Das heißt, ich kann mich da an Herrn Stadtrat Hohensinner wenden und ich werde hinreichend informiert werden.

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ Schröck übernimmt den Vorsitz um 13.35 Uhr.

11) Veröffentlichung der Antworten der öffentlichen Fragestunde im Gemeinderat auf der Website der Stadt Graz

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Grabe** stellt an Bgm. Mag. Nagl folgende Frage:

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Grabe**: Passend zur Fragestunde eine Frage zur Fragestunde. Wie wir alle wissen, gibt es noch keine Live-Übertragung, mit deren Hilfe die Leute sich das selber anschauen könnten. Wie wir auch wissen, gibt es ja wohl ein Interesse von Leuten mitzubekommen, was hier besprochen wurde, was angefragt wurde, was geantwortet wurde. Natürlich gibt es dann irgendwann auch das Protokoll, das unsere Protokollverfasserinnen schreiben, aber da wissen wir auch, das dauert meistens sehr lange, also sehr lange, es ist halt einiges zum Abarbeiten, bis das kommt.

Daher meine

Frage:

Ist es im Sinne von Transparenz und Öffnung dessen, was hier passiert, nicht möglich, die Antworten auf die Fragen in der Fragestunde, und zwar sowohl jene, die hier mündlich dann noch drankommen, als auch jene, die nicht mehr mündlich drankommen, die aber in der Regel bereits schriftlich vorliegen in der Vorbereitung der Stadtregierung, diese Antworten direkt auch auf die Website der Stadt Graz zu stellen und zwar dort, wo der Fragespiegel auch ist, es gibt dieses Link-Archiv, wo jede Gemeinderatssitzung mit den Beschlüssen nachzulesen ist, da würde es Sinn machen, diese Dokumente auch zur Verfügung zu stellen, dass sich Leute, die das nachlesen wollen, inklusive wir selber beim Nachfragen nach Fragen, dass wir uns das herunterladen können und anschauen können (*Applaus Grüne*)?

Bgm. Mag. **Nagl**: Sehr geehrte Frau Gemeinderätin! Für die Anregung, auch die schriftlich ergangenen Antworten ins Netz zu stellen, danke ich und werde dafür Sorge tragen, dass ihr nachgekommen wird.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Grabe**: Danke und bin schon gespannt, ab wann wir das lesen können.
Danke (*Applaus Grüne*).

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 13.40 Uhr den Vorsitz.

13) Verschärfter Parkplatzmangel durch Veranstaltungen

GR.ⁱⁿ **Thomüller** stellt an StR. Mag. (FH) **Eustacchio** folgende Frage:

GR.ⁱⁿ **Thomüller**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Stadtrat Eustacchio! In punkto Veranstaltungen hat Graz sehr viel zu bieten, in punkto Parkplätze leider weniger. Viele Leute beschwerten sich zu Recht darüber, dass die teuren bezahlten Parkplätze in ihrem Wohnumfeld nicht vorhanden sind. Zudem wird die Information darüber, dass Parkplätze zugunsten von Großveranstaltungen versperrt, werden nicht gut kommuniziert und es kommt zu empfindlichen Strafen. Man sollte deshalb darüber nachdenken, sinnvolle und rasche Information anzubieten für die AnwohnerInnen. Auch die temporäre Freigabe von Firmen- und Supermarktparkplätzen sollte in Betracht gezogen werden.

Daher stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

Frage:

Welche Schritte werden Sie unternehmen, damit der Parkplatzmangel von Anrainerinnen und Anrainern bei Großveranstaltungen künftig reduziert werden kann (*Applaus KPÖ*)?

StR. Mag. (FH) **Eustacchio**: Sehr verehrte Frau Gemeinderätin! Das ist halt die Problematik, wenn man Veranstaltungen zulässt im Stadtgebiet, und darauf sind wir ja durchaus stolz, dass man da in Konfliktpositionen tritt. Grundsätzlich ist es bei Großveranstaltungen wie Aufsteirern, Stadtfest oder bei diversen Laufveranstaltungen so, dass wir prinzipiell darauf achten, dass Parkplätze von Anrainern nur im unbedingt erforderlichen Ausmaß beansprucht werden. Aufgrund der Sicherheit, Leichtigkeit und Flüssigkeit des Verkehrs müssen gewisse Bereiche im Zuge von Veranstaltungen freigehalten werden, insbesondere auch durch das Veranstaltungsgesetz 2012, vor allem für Einsatzfahrzeuge und ebenso auch für die Auf- und Abbauarbeiten. Letztendlich könnte man dem Parkplatzmangel lediglich durch die Reduzierung von Veranstaltungen entgegenwirken, was aber, glaube ich, nicht im Sinne der Stadt Graz ist (*Applaus FPÖ*).

GR.ⁱⁿ **Thomüller**: Die Frage wäre, was würden Sie den Leuten sagen, die hundert Mal in ihrer Wohngegend mit dem Auto herumfahren, einfach keinen Parkplatz finden, dann sich vielleicht irgendwo hinstellen, wo es verboten ist und eine Strafe folgt. Ich meine, es ist sehr anstrengend, wenn man in seinem Wohnumfeld keinen Parkplatz kriegt, das weiß jeder, der einen Pkw oder Kraftfahrzeug fährt. Was würden Sie darauf antworten, weil ich höre das sehr, sehr oft von Anwohnerinnen und Anwohnern.

StR. Mag. (FH) **Eustacchio**: Da müssen Sie dann andere Informationen bekommen als ich und die Ämter, die dafür verantwortlich sind, weil diese Beschwerden sind in einem Mindestausmaß und wir versuchen hier, im Vorfeld auch immer alle zu informieren. Also der Vorwurf, dass sie nicht informiert werden, stimmt so nicht. Also ich kriege zig-, zig-, zig Beschwerden über verschiedenste Themenstellungen, in diesem Bereich aber kaum (*Applaus FPÖ*).